

Jugendberichterstattung als Grundlage einer evidenzbasierten Politikgestaltung

Sandra Biewers Grimm und Dr. Anette Schumacher

Die Jugendberichterstattung hat sich in Luxemburg in den vergangenen zehn Jahren zu einem wichtigen und besonders zu einem nützlichen Instrument der Politikgestaltung entwickelt. Im Sinne einer „evidence based policy“ stellt sie eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme zur aktuellen Lebenslage Jugendlicher bereit, an der sich die Jugendpolitik mit ihren Programmatiken konkret ausrichtet (Meyers, Heinen & Willems, 2014). In diesem Sinne ist es in Luxemburg gelungen, fundiertes und wissenschaftlich abgesichertes Expertenwissen als einen wesentlichen Baustein in der Entwicklung und Gestaltung von Jugendpolitik zu etablieren.

Die noch recht junge Jugendberichterstattung in Luxemburg wurde als Instrument der Jugendpolitik auf der Grundlage des Jugendgesetzes von 2008 (Loi du 4 juillet 2008 sur la jeunesse) regulativ verankert. In Artikel 15 des Gesetzes wird eine regelmäßige und dauerhafte Berichterstattung über Jugendliche vorgesehen, die alle fünf Jahre einen nationalen Jugendbericht hervorbringen soll. Der erste Bericht wurde 2010 veröffentlicht und gab erstmals einen allgemeinen Überblick über die Situation der Jugendlichen in Luxemburg (Ministère de la Famille et de l'Intégration, 2010). Der zweite Bericht erschien im Jahr 2015. Er beleuchtet im Schwerpunkt die Transitionsphase vom Jugend- zum Erwachsenenalter (Ministère de l'Education Nationale et de la Jeunesse, 2015). Gesetzlich verankert ist zudem die Entwicklung eines jugendpolitischen Aktionsplanes, dem sogenannten luxemburgischen Jugendpakt, der die Ergebnisse des Jugendberichts aufgreift und in einen konkreten Maßnahmenkatalog überführt (Ministère de l'Education Nationale et de la Jeunesse, 2012). Er lässt sich als eine Schnittstelle zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Fachpraxis verstehen. Jugendbericht und Jugendpakt bilden demnach gemeinsam die Basis der evidenzbasierten Politikgestaltung in Luxemburg.

Mit dem vorliegenden Beitrag sollen die Koordinationsmechanismen und das Zusammenwirken beider Instrumente beleuchtet werden. Nach einer kurzen

Vorstellung der Instrumente je für sich, wird anhand der Ergebnisse einer Evaluationsstudie aus dem Jahr 2015 dargestellt, wie die Instrumente im Sinne einer evidenzbasierten Politikstrategie ineinander greifen. Zudem werden anhand von Referenzbeispielen einige konkrete Resultate dieser jugendpolitischen Strategie auf der fachlichen Planungs- und Umsetzungsebene gezeigt.

Der Jugendbericht als jugendpolitisches Instrument

Die luxemburgische Jugendberichterstattung folgt dem Ziel, eine kontinuierliche wissenschaftlich informierte Basis bereitzustellen für die Verbesserung der Lebensqualität junger Menschen durch geeignete politische Strategien, Interventionen und Hilfestellungen (Willems et al., 2010). Gemäß den Bestimmungen des luxemburgischen Jugendgesetzes von 2008, obliegt es in diesem Sinne dem zuständigen Minister, der Abgeordnetenkammer alle fünf Jahre einen Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg vorzulegen (ebd.).

Mit der Erstellung dieses Jugendberichts wurde eine Forschergruppe der Forschungseinheit INSI DE an der Universität Luxemburg beauftragt, d.h. die inhaltliche Ausarbeitung der Berichte liegt in den Händen und im Verantwortungsbereich einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlern (Meyers, Heinen & Willems, 2014). Der luxemburgische Jugendbericht unterscheidet sich demnach von sogenannten „administrativen Berichten“, bei denen alleine die Akteure aus der Verwaltung für die Erstellung des Berichts verantwortlich sind (ebd., Lück-Filsinger, 2006).

Der erste luxemburgische Jugendbericht aus dem Jahr 2010, um dessen jugendpolitische Gestaltung es im vorliegenden Beitrag gehen soll, orientiert sich nicht an einer bestimmten thematischen Fokussierung. Als Auftragsrahmung wurde lediglich festgelegt, dass er als ein Gesamtbericht konzipiert sei/ist und eine umfassende Beschreibung zu den aktuellen Lebenslagen der Jugendlichen liefern solle. Die Zielgruppe wurde unter Berücksichtigung des Wandels der Lebensphase Jugend ausgewählt und so das Alter zwischen 12 und 29 Jahren festgelegt. Beschlossen wurde auch, dass nicht konkrete Handlungsempfehlungen sondern vornehmlich Herausforderungen und Handlungsbedarf aufgezeigt und definiert werden sollten. Letztlich wurde das Ziel definiert, bestehende Daten- und Forschungslücken zu identifizieren, um daraus zukünftige Forschungsbereiche abzuleiten (Willems, et al., 2010).

Der Bericht greift als theoretischen Bezugsrahmen u.a. auf das Konzept der Lebenslage zurück (Sen, 2007). Das Konzept bezeichnet ganz allgemein jene Umstände und Strukturen, unter denen soziale Gruppen in unserer Gesellschaft leben und sich hinsichtlich ihrer Verwirklichungschancen und -möglichkeiten unterscheiden (ebd.). Es umfasst dabei mehrere Dimensionen, z. B. die Familiensituation, die Arbeitssituation, den Bildungsstand, aber auch die Einkommens- und Vermögenslage, den Gesundheitszustand sowie die Wohnsituation der Menschen.¹ Bezugnehmend auf diese Perspektiven grenzt der Jugendbericht seinen thematisch-inhaltlichen Rahmen auf die folgenden Themen ein:

- Jugend in schulischen und außerschulischen Bildungs- und Lernwelten
- Jugend im Übergang in die Arbeitswelt
- Integrations- und Partizipationsdefizite von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Armut, Armutsrisiko und soziale Exklusion von Kindern und Jugendlichen
- Gesundheit und Wohlbefinden im Jugendalter
- Jugendliche als Akteure in Politik und Gesellschaft

Methodologisch basiert der Bericht auf einem triangulativen Forschungsdesign, in dem die quantitative Aufbereitung und Sekundäranalyse von in Luxemburg vorliegenden Daten zur Situation der Jugend mit der Erhebung und Auswertung qualitativer Primärdaten (Experteninterviews, Fokusgruppen) kombiniert wurde. Das Design kennzeichnet sich darüber hinaus durch einen kontinuierlichen multilateralen Dialog zwischen einer großen Anzahl von Experten aus Wissenschaft, Praxis und Politik über den gesamten Berichtszeitraum hinweg.

In seinen Ergebnissen hebt der Bericht u.a. die Existenz ungleicher Bildungschancen im Land hervor und verweist auf die Folgen, die sich hieraus besonders für die sogenannten „Bildungsverlierer“ ergeben. Er fokussiert zudem die Folgekosten, die aus dieser Problematik für die Gesellschaft insgesamt entstehen.

¹ Besonders in der soziologischen Fassung des Lebenslagenkonzeptes wird darauf hingewiesen, dass die Lebenslage Jugendlicher neben mikrosoziologischen Faktoren auch durch eine Reihe von strukturellen Faktoren beeinflusst wird (Willems, et al, 2010). Gemeint sind etwa die Auswirkungen der sozialen Ungleichheit, der Entwicklungen des Arbeits- und Wohnungsmarktes oder auch der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Strategien des Staates. Besonders letztgenannte haben mit ihren verteilungspolitischen und unterstützungsorientierten Ansätzen einen Einfluss auf die Lebenslage und Lebenssituation junger Menschen, indem sie auf soziale Risiken und Problemlagen, sowie auf besondere Bedarfe reagieren (ebd.).

„Eine erste zentrale Perspektive des Bildungskapitels ist es, die formalen Bildungswege und Bildungserfolge der Jugendlichen in Zusammenhang mit der kulturellen und sozialen Vielfalt (Heterogenität) der Population zu analysieren. Die Indikatoren der Bildungsbeteiligung ebenso wie die des Bildungserfolgs deuten darauf hin, dass in Luxemburg deutliche Differenzen hinsichtlich des Erfolgs und der Teilnahme im formalen Bildungsbereich bestehen. Neben dem Geschlecht sind insbesondere die Nationalität und die soziale Herkunft der Jugendlichen entscheidende Faktoren für die Bildungskarrieren.“ (Willems et al., 2010, S.105)

Gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen des Arbeitsmarktes und der überregionalen Konkurrenzsituation werden eine verbesserte Bildung und Qualifizierung der luxemburgischen Jugendlichen als bedeutungsvoll bewertet. Dabei werden die Qualifizierung und die Ausbildung von Jugendlichen als die zentralen Voraussetzungen für den erfolgreichen Eintritt und die dauerhafte Etablierung auf dem Arbeitsmarkt festgestellt. In diesem Sinne werden Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als künftige Anforderung für die Jugendpolitik hervorgehoben (ebd.).

Auch die steigenden Kosten und die strukturellen Defizite des luxemburgischen Wohnungsmarktes werden im Bericht thematisiert.

„Der luxemburgische Wohnungsmarkt stellt finanzschwache Erwachsene mit Kindern sowie erwerbstätige Jugendliche gleichermaßen vor Probleme. Auch Personen mit geringem Einkommen sollte die Möglichkeit erhalten bleiben, sich in Luxemburg eine Unterkunft zu finanzieren.“ (Willems et al., 2010, S. 203)

Hiermit in Zusammenhang steht auch die wachsende Herausforderung einer erfolgreichen Integration junger Menschen allgemein und junger Migrant/innen im Besonderen in die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demokratischen Strukturen des Landes. Angesichts der Diversifizierung der Migrantengruppen, neuer Erwartungen und Perspektiven in der zweiten und dritten Generation der Migranten sowie der zunehmend unsicher werdenden ökonomischen Perspektiven wächst demnach die Bedeutung integrativer jugendpolitischer Programme und Maßnahmen (Willems, et al. 2010).

In diesem Sinne legt das Jugendgesetz von 2008 fest, dass diese, hier nur grob und exemplarisch skizzierten, Forschungsergebnisse im fünf-Jahres-Turnus

in einen konkreten Maßnahmeplan, den sogenannten „luxemburgischen Jugendpakt“ überführt und somit einer fachlichen Planungs- und Umsetzungsebene zugänglich gemacht werden (Loi 4 juillet 2008 sur la jeunesse, 2008).

Aufnahme der Forschungsergebnisse im Aktionsplan „Jugendpakt“

Der luxemburgische Jugendpakt ist strategisch als ein interministerielles Netzwerk angelegt, das darauf ausgerichtet ist, eine über die ministeriellen Grenzen hinweg kohärente Politik für Jugendliche zu unterstützen, um so möglichst allen Jugendlichen in Luxemburg günstige Rahmenbedingungen des Aufwachsens zu sichern (Residori et al., 2015). Er ist mithin ein wissenschaftsbasiertes jugendpolitisches Instrument, dessen thematisch-inhaltliche Ausrichtung auf den Ergebnissen der Jugendberichterstattung fußt. Anders herum betrachtet könnte man auch sagen, die Implementierung des wissenschaftlichen Wissens über die Situation der Jugend in Luxemburg erfolgt über das Instrument dieses kooperativ angelegten Aktionsplans.

Zur thematischen Entwicklung des Jugendpakts werden die Ergebnisse des Jugendberichts erneut in einem offenen Kommunikations- und Beratungsprozess zwischen den jugendrelevanten Ministerien, Vertretern der administrativen Ebenen, der Fachpraxis sowie der Jugendorganisationen diskutiert. Letztere repräsentieren in diesem Prozess die Perspektiven der Jugendlichen.

Sowohl bereits existierende Maßnahmen als auch neue Projektideen werden themenzentriert in den Jugendpakt aufgenommen und es wird festgelegt, welche Akteure in welcher Form an der Umsetzung des Plans mitwirken. In Anlehnung an die beschriebenen Herausforderungen, die der Jugendbericht 2010 offenlegte, wurde für den Jugendpakt 2012-2014 die folgende thematische Gliederung festgelegt:

- Das Gelingen des Übergangs zwischen Schule und Arbeitswelt (1),
- ein guter Start ins Erwachsenenleben (2),
- das Wohlbefinden von Jugendlichen (3),
- die Rolle Jugendlicher als zivilgesellschaftliche Akteure (4) sowie
- die wissenschaftliche Begleitung der Jugendpolitik (5).

Innerhalb dieser fünf Themenfelder wurden insgesamt 75 Aktionen, Projekte und Maßnahmen festgelegt, denen 22 konkretisierte Ziele für die fachliche Umsetzung zugeordnet wurden. Gleichzeitig wurden erste themenspezifische Arbeitsgruppen gegründet, um die Aktionen und Projekte zu realisieren.

Umsetzung der Forschungsergebnisse im Rahmen konkreter Maßnahmen

Die Evaluationsstudie „Gestaltung von Jugendpolitik als transversale Kooperation – Ergebnisse der Evaluation des luxemburgischen Jugendpaktes“ der Forschungseinheit INSIDE (Integrative Research Unit on Social and Individual Development) und hier der Forschungsgruppe Youth Research der Universität Luxemburg hat die Umsetzung und die Ergebnisse des luxemburgischen Jugendpaktes (2012-2014) wissenschaftlich untersucht und bewertet. Hierzu arbeitete sie mit einem triangulativen Methodendesign, bestehend aus einer Dokumentenanalyse, leitfadengestützten Interviews und einer schriftlichen Befragung der am Jugendpakt mitwirkenden politischen und fachlichen Akteure (Residori et al., 2015).

Besonders die Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse geben Aufschluss darüber, wie die im Jugendbericht aufgezeigten Herausforderungen anhand von konkreten Maßnahmen in den fünf Themenbereichen des Jugendpaktes aufgegriffen wurden. Die folgenden Referenzbeispiele beziehen sich exemplarisch auf die Themenbereiche „Jugend und Wohnen“ und „Jugend und Arbeitswelt“, als zwei zentrale Themenfelder des Jugendberichts von 2010. Als Datengrundlage für die Analyse wurden u.a. Protokolle zu den interministeriellen Arbeitssitzungen, Aktivitätsberichte, Aktionspläne, Pressemappen, Handreichungen und Informationsbroschüren ausgewertet.

Beispiel „Jugend und Wohnen“

Im Themenbereich „Jugend und Wohnen“ wurden insbesondere solche Aktionen und Maßnahmen aufgegriffen und bearbeitet, die auf den Ausbau von Wohnstrukturen für Jugendliche in prekären Lebenslagen sowie auf eine generelle Vereinfachung des Zugangs zu Wohnraum ausgerichtet waren.

Hierzu wurde im Jahr 2014 eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, die sich die Aufgabe zuwies, durch den Einsatz verschiedener Instrumente die Wohnbedürfnisse der Jugendlichen zu erfassen und felldübergreifende Maßnahmen zu initiieren und zu koordinieren, die den Zugang zu Wohnraum für diese Zielgruppe erleichtern sollen. Hierzu gehören etwa

- die Entwicklung und Verabschiedung eines Strategiepapiers gegen die Wohnungslosigkeit (*Stratégie nationale contre le sans-abrisme et l'exclusion sociale liée au logement*). In dem Papier wird verbindlich festgelegt, dass bis zum

Jahr 2020 generell mehr betreuter Wohnraum geschaffen werden soll, der auch für Jugendliche zugänglich sein soll. Zudem wird dort geregelt, dass die Notfallwohnungen auf nationaler Ebene künftig besser verteilt und generell mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden soll. Zudem legt das Papier fest, dass die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in diesem Feld verbessert werden soll.

- Das Themenheft „Der Weg zur ersten Wohnung“, das in Kooperation des Wohnungsbauministeriums und des Ministeriums für nationale Bildung, Kinder und Jugend herausgebracht wurde, gibt Jugendlichen konkrete Informationen, nützliche Adressen und Tipps für die Suche nach einer eigenen Wohnung an die Hand.
- Im Jahr 2013 wurde zudem der sogenannte „Jugenddësch“ (Jugendtisch) eingeführt, ein Diskussionsforum für Jugendliche, an dem auch Vertreter von Politik, Fachadministrationen, Jugendorganisationen und aus der Wissenschaft teilnehmen. Er bietet den Jugendlichen einen regelmäßigen und strukturierten Austausch mit den genannten Akteuren zu Themen aus ihrer eigenen Lebenswelt. Im Jahr 2015 fand der „Jugenddësch“ zum Thema „Jugend und Wohnen“ statt. Hierbei konnten die Jugendlichen ihre Erfahrungen auf dem luxemburgischen Wohnungsmarkt vorbringen und gemeinsam mit den relevanten Akteuren über Lösungsansätze beraten.

Durch diese Maßnahmen wurde u.a. sichergestellt, dass Jugendliche in unterschiedlichen Lebenslagen an den politischen Planungs- und Umsetzungsprozessen partizipieren konnten. Zugleich gelang es, erste konkrete Maßnahmen zu konzipieren und zu lancieren, die die Situation der Jugendlichen auf dem luxemburgischen Wohnungsmarkt verbessern (Residori et al. 2015).

Beispiel Jugend und Arbeitsmarkt

Im Themenbereich „Jugend und Arbeitsmarkt“ wurde besonders der Themenkomplex „Erfolgreicher Übergang von der Schule zum Arbeitsmarkt“ im Jugendpakt aufgegriffen. Die hier definierten Maßnahmen und Aktionen beziehen sich überwiegend auf die Weiterentwicklung des Bereichs der Berufsorientierung, die Informationsvermittlung sowie auf die individualisierte Berufsbegleitung von Jugendlichen.

Zu dieser Thematik wurden u.a. die folgenden konkreten Maßnahmen konzipiert und umgesetzt:

- Die Planung des Ausbaus und der Erweiterung der sogenannten „**École de la deuxième chance**“, einer Schule, in der Jugendliche zwischen 16 und 30 Jahren, die die Schule abgebrochen haben und keinen Ausbildungsplatz finden, einen regulären Schulabschluss nachholen können;
- Die Gründung der Beratungsstelle „**Maison de L’Orientation**“, die unterschiedliche jugendorientierte Informations- und Beratungsangebote zu den Themen Ausbildung, Beruf und Weiterbildung sowie Unterstützung bei der Berufsfindung unter einem Dach vereint.
- Die Gründung der Initiative „**Action Locale pour Jeunes – ALJ**“, die darauf ausgerichtet ist, Jugendlichen unter 26 Jahren den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt anhand konkreter Förder- und Unterstützungsmaßnahmen zu erleichtern. Hierzu gehören etwa die Kontaktaufnahme und Begleitung der Jugendlichen zu potenziellen Ausbildungs- oder Arbeitsstellen oder der Aufbau von Netzwerken zwischen den relevanten Institutionen der beruflichen Förderung.
- Auch die Weiterentwicklung der der Internetplattform <http://beruffer.anelo.lu> kann als eine Aktion genannt werden, die über den Jugendpakt initiiert wurde. Hier finden Jugendliche u.a. Berufsprofile für den luxemburgischen Arbeitsmarkt oder praxisnahe Tipps für Bewerbungsgespräche, etc. (Residori et. al, 2015).

Um den Implementierungs- und Gestaltungsprozess dieser und weiterer Themen und Maßnahmen auf der Verwaltungs- und auf der Praxisebene zu fördern, wurde der Jugendpakt zudem konzeptionell mit mehreren strukturellen Instrumenten ausgestattet: Als kommunikatives Verbindungselement zwischen den politischen Akteuren ist besonders das interministerielle Gremium „**Komitee Jugend**“ zu nennen, dessen Aufgabe es ist, die Umsetzung der im Jugendpakt vorgesehenen Aktivitäten und Projekte, insbesondere aber die transversale Zusammenarbeit jugendrelevanter Ministerien zu koordinieren. Hierzu gehört auch die Beratung der Regierung zu jugendpolitischen Projekten, der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Förderung transversaler Politik, sowie die Koordination von Maßnahmen zur Zusammenführung unterschiedlicher transversaler Regierungsstrategien (Residori, et al. 2015).

Die kooperative Zusammenarbeit der Akteure wurde durch ein **interministerielles Abkommen** formalisiert und somit gefestigt. Darüber hinaus wurden neben der Arbeitsgruppe zum Thema „Jugend und Wohnen“ weitere themenspezifische Arbeitsgruppen gebildet, in denen sowohl Vertreter der politisch-administ-

rativen Ebene als auch Praxisvertreter gemeinsam an der Umsetzung von Aktivitäten arbeiten. Auch Diskussionsrunden und Fachkonferenzen, Fort- und Weiterbildungsangebote sowie Referenzpublikationen und „best practices“ begleiteten den jugendpolitischen Gestaltungsprozess.

Die Evaluationsstudie zum Jugendpakt kommt zu dem Schluss, dass durch die hier dargestellte jugendpolitische Strategie gerade mit den Themen „Jugend und Wohnen“ sowie „Jugend und Arbeit“ zwei zentrale und aktuelle jugendpolitische Prioritäten in vielfältiger Weise weiterentwickelt und gefördert werden konnten. Sie wurden in der Studie als konkrete Beispiele einer gelungenen Zusammenarbeit unterschiedlicher Politikbereiche angeführt (Residori, et al. 2015).²

Aber auch insgesamt zeigen die Beispiele eine Form der evidenzbasierten Politikgestaltung, die unterschiedliche Potenziale, Wissensformen und Kompetenzen im Sinne einer wirkungsvollen Politik für Jugendliche miteinander kombiniert und in Einklang bringt. Durch sie können Synergieeffekte und soziales Kapital gebündelt und im Sinne der Jugendlichen genutzt werden.

Vor allem gelingt es hierdurch aber, dass Forschungsergebnisse nicht ins Leere laufen, sondern von Seiten der Politik aufgegriffen werden und in konkrete Maßnahmen einfließen.

Den Ausgangspunkt einer solchen Politik bildet eine handlungsrelevante Jugendforschung, die die Bedarfs- und Lebenssituation der Jugendlichen aus unterschiedlichen Perspektiven wissenschaftlich beleuchtet. Besonders bedeutend erscheint hierbei, dass neben dem „großen Ganzen“ immer auch Teilgruppen und sogenannte Randprobleme in den Blick genommen werden und die Jugendlichen idealerweise in der Studie auch selbst zu Wort kommen.

Will eine solche wissens- und evidenzbasierte Politik nachhaltig wirken, muss die Zusammenarbeit der Akteure als ein dynamischer Prozess konzipiert werden. Die Phasen der Erhebung und Auswertung jugendrelevanter Daten, der gemeinsamen Kommunikation über ermittelte Herausforderungen, Probleme und Trends sowie der Entscheidung über entsprechende politische Maßnahmen müssen dabei systematisch ineinandergreifen. In diesem Sinne stellt eine offene, vertrauensvolle und zielgerichtete Kommunikation zwischen den Akteuren die wesentlichste Gelingensbedingung dieses Ansatzes dar.

² In der Folge greifen der zweite Jugendbericht aus dem Jahr 2015 sowie der aktuell in der Entwicklung befindliche Jugendpakt 2017-2020 diese Themen weiterführend auf.

Vor diesem Hintergrund kann die evidenzbasierte Jugendpolitik in Luxemburg als ein Modell verstanden werden, dem sowohl in der nationalen Politikperspektive als auch im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle zugesprochen werden kann.

Literatur

- Loi du 4 juillet 2008 sur la jeunesse *Memorial A 1534*, Chambre des Députés 2008.
- Règlement grand-ducal du 9 janvier 2009 sur la jeunesse *Memorial A 10*, Chambre des Députés 2009.
- Lück-Filsinger, M. (2006). *Kinder- und Jugendberichterstattung in den Bundesländern: Eine qualitativ-empirische Studie*. Saarbrücken ; Mainz: One-Vision-Design.
- Meisch, N. (2009). *Kinder- und Jugendpolitik in Luxemburg Weiterentwicklung der gesetzlichen und strukturellen Grundlagen*. Forum 21 [Policy], (14), 46–53.
- Meyers, C., Heinen, A. & Willems, H. (2014). *Ein partizipatives Modell der Wissensgenerierung – Der luxemburgische Jugendbericht*. In Willems, H. (Hrsg.). *Konzepte und Methoden der Jugendberichterstattung. Wissenschaftliche Herausforderungen und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Milmeister, M. (2007). *Das dreidimensionale Kommunikationsdreieck - Herausforderungen und Chancen der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des Jugendbereichs*. Forum 21, (265), 8-13.
- Ministère de la Famille et de l'Intégration. (2012). *Pacte pour la Jeunesse*. Luxembourg. Retrieved from http://www.jugendpakt.lu/sites/jugendpakt.lu/files/downloads/JugendPakt_Brochure_WEB.pdf
- Ministère de la Famille et de l'Intégration, Luxembourg. (2008). *Politique Jeunesse : Services & Structures*. Luxembourg.
- Ministère de la Famille et de l'Intégration, Luxembourg (Ed.). (2010). *Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg: Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg*. Luxembourg: Ministère de la Famille et de l'Intégration.
- Ministère de la Famille, de la Solidarité Sociale et de la Jeunesse & Service National de la Jeunesse (SNJ), Luxembourg. (2004). *Jeunesse et société: Deuxièmes Lignes directrices pour la politique de la jeunesse*.

Ministère d'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse & Université du Luxembourg, Luxembourg (Ed.). (2015). *Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg*. Luxembourg

Residori, C., Reichert, C., Biewers Grimm, S., Willems, H. (2015). *Gestaltung von Jugendpolitik als transversale Kooperation – Ergebnisse der Evaluation des luxemburgischen Jugendpaktes*. Universität Luxemburg; Youth Research. Luxembourg.

Sen, A. (2007). *Ökonomie für den Menschen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.